

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Einzeln: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.  
Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten  
Deutschlands: A. Hoffe, Haasenstein & Vogler, G. B. Daube,  
Friedrichs, Berlin, Bern, Frankfurt, Hamburg, Leipzig,  
München, Nürnberg, Posen, Stettin, Trier, Wien, Zürich.  
In London: J. B. E. Smith, in Hamburg: J. B. E. Smith,  
in Berlin: J. B. E. Smith, in Frankfurt: J. B. E. Smith,  
in Stettin: J. B. E. Smith.

## Abänderung des Vereinsrechts.

Der dem Abgeordnetenhaus gestern zugewandene Gesetzentwurf zur Ergänzung und Abänderung von Bestimmungen über Vereinsammlungen und Vereine enthält, wie bereits angekündigt, die Aufhebung des im § 8 des Vereinsgesetzes ausgesprochenen Verbotes, wonach Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, nicht mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten dürfen. Es ist lediglich der Vorbehalt gemacht, daß eine Verbindung solcher politischen Vereine mit außer-deutschen Vereinen auf die Erlaubnis des Ministers des Innern gemaß ist. Abgesehen hiervon bestimmt der Entwurf, daß Versammlungen, welche den Strafrechtswidrigkeiten ausgesetzt sind oder welche die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates, oder den öffentlichen Frieden gefährden, von den Abgeordneten der Polizeibehörde aufgelöst werden können. Auch sollen die Landespolizeibehörden befugt sein, Vereine, deren Zweck oder Tätigkeit den Strafrechtswidrigkeiten ausgesetzt ist oder die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates, oder den öffentlichen Frieden gefährdet, zu schließen. Die Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Vereinen und Versammlungen ist ferner dahin geregelt, daß künftig Minderjährige von Vereinen, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, ausgeschlossen sind und Versammlungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert oder beraten werden, nicht beizubehalten dürfen, ohne Unterschied, ob diese Versammlungen von politischen Vereinen veranstaltet sind oder nicht. Um Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich bei der bisherigen Auslegung der betreffenden Bestimmungen ergeben haben, ist weiterhin vorgeschrieben, daß das Verbot der Teilnahme Minderjähriger auf diejenigen Vereinsveranstaltungen, die unter Ausschluß politischer Verhandlungen lediglich geselligen Zwecken dienen, keine Anwendung finden soll. Die gleiche Ausnahme ist zu Gunsten weiblicher Personen vorgesehen. Endlich sind in dem Entwurf die erforderlichen Strafbestimmungen nach den Grundzügen der Verordnung vom 11. März 1880 normiert. Die Vorlage ist nach der Begründung aus der Leberzeugung hervorgegangen, daß der gegenwärtige Rechtszustand, wie er sich unter der Herrschaft dieser seit nahezu 50 Jahren geltenden Verordnung gebildet hat, nicht genügt, um alle mißbräuchlichen Auswüchse des in schneller fortschreitender Entwicklung stehenden Vereins- und Versammlungswesens zu treffen und zu verbieten. Das Bedürfnis zur Feststellung und Verstärkung der staatlichen Machtmittel macht sich daher um so dringlicher geltend, je eifriger und umfassender das Vereinsammlungs- und Vereinswesen unter Leitung geschickter Agitatoren dazu benützt wird, die staatliche und soziale Ordnung anzugreifen und Propaganda für staatsfeindliche Bestrebungen zu machen. Als besonderer Uebelstand wird es empfunden, daß die gesetzlichen Vorschriften häufig versagen, wo die Auflösung von Versammlungen geboten ist, weil sie die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates, oder den öffentlichen Frieden gefährden. Es darf hier namentlich an die zahlreichen öffentlichen Anarchistenversammlungen erinnert werden. Desgleichen ist das geltende Recht darin lächerlich, daß es keine ausdrückliche gesetzliche Befugnis zur Schließung von Vereinen gewährt, welche zwar die Strafrechtswidrigkeit nicht nachweisbar verlegen, wohl aber unter Verletzung der öffentlichen Sicherheit oder des öffentlichen Friedens das freie Vereinsrecht mißbrauchen. Die Vorschläge des Entwurfs stellen sich nicht als Neuerungen auf dem Gebiete des Vereinsrechts dar. Abgesehen davon, daß sie der Hauptsache nach demjenigen Rechtszustande entsprechen, welcher bereits jetzt von der Verwaltung in Anspruch genommen, aber nicht ausgeübt geblieben ist, schließen sich die neuen Vorschriften an die Gesetzgebung an, welche in anderen deutschen Bundesstaaten, namentlich in Bayern und Sachsen, gilt. Sie sollen der preussischen Regierung, welche Vereine und Versammlungen gegenüber erfahrungsgemäß erheblich ungünstiger als andere Bundesregierungen gestellt ist, nur diejenige Befugnisse gewähren, welche das staatliche Interesse dringend erfordert. Die unparteiische und gleichmäßige Auslegung und Anwendung der vorgeschlagenen Bestimmungen wird dadurch verbürgt, daß gegen die wegen Auflösung von Versammlungen oder Schließung von Vereinen erlassenen politischen Verfügungen in gleicher Weise wie gegen politische Verfügungen überhaupt die Rechtsmittel des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung, also auch die Klage im Verwaltungsstreitverfahren, Platz greifen. Außerdem verbleibt in den Fällen, wo ein politischer Verein von der Polizeibehörde vorläufig geschlossen werden kann, wenn er Minderjährige als Mitglieder aufgenommen hat oder wenn er ohne Erlaubnis mit außer-deutschen Vereinen in Verbindung getreten ist, auch in Zukunft die endgültige Entscheidung dem ordentlichen Richter.

## Der türkisch-griechische Krieg.

Der Abzug der griechischen Truppen aus Kreta hat jetzt begonnen. Vor Patania waren gestern die drei von den Admiralen freigegebenen griechischen Dampfer eingetroffen, um die griechischen Truppen an Bord zu nehmen; diese hatten jedoch in Folge der Schwierigkeit der Zustellung der telegraphisch übermittelten Instruktionen der griechischen Regierung noch keinen Befehl erhalten, in die Heimat zurückzukehren. Die Admirale erleichterten die Uebermittlung und Zustellung der auf die Zurückführung der griechischen Truppen bezüglichen Befehle. Die Einschiffung der Truppen sollte noch im Laufe des gestrigen Tages ihren Anfang nehmen.

Aus Athen wird gemeldet: Aus verschiedenen Tatsachen darf man schließen, daß die Regierung den Frieden noch nicht für gesichert hält und auf alles vorbereitet ist. Dies rechtfertigt auch die Verzögerung der Antwort der Ägypter, obgleich heute das Gerücht verbreitet ist, daß die Zustimmung zum Waffenstillstand der hiesigen russischen Gesandtschaft gemeldet wurde, sowie die Fortdauer der Kämpfe um Arita und Beseia. Die bei Almyros als Spione aufgegriffenen Korrespondenten Baron Binder vom „Freidenkblatt“ und Montgomerie vom „Standard“ wurden heute im Piräus eingeleitet, ebenso das Schiff

der Smyrnaischen Gesellschaft, das, von Alexandrien mit Kriegsmaterial kommend, bei Tenedos von den Griechen gekapert worden war.

Ueber die weitere Gestaltung der Dinge in Kreta wird der „Polit. Kor.“ noch aus London gemeldet: Es werden alle im Namen des Königs Georg von Obersten Balfors auf Kreta installierten Behörden ihre Funktionen einstellen und die Jungententeils im Innern der Insel eine provisorische Verwaltung einleiten. Die auf der Insel vorhandenen türkischen Truppen verbleiben bis auf Weiteres in ihren gegenwärtigen Garnisonen. Sofort nach dem Friedensschlusse werden die Mächte an die Organisation provisorischer autonomer Verwaltungsbehörden schreiten. Die europäischen Flotten werden nach Abzug der Griechen von der Insel zum größten Theile die kretensischen Gewässer verlassen.

**Konstantinopel, 13. Mai.** Wie offiziell gemeldet wird, wechselte Kiazim Pascha, der Kommandant des 3. Korps in Saloniki, und Abdullah Pascha, Kommandant des 5. Korps in Damaskus, gegenseitig ihre Kommandoposten. Die Obersten Mazar und Ismail, Kommandanten der 1. und 2. Division in Bagdad und Samarra, welche sich bei den Grenzschlüssen in Mesopotamien besonders ausgezeichnet und deren Abtheilungen die größten Verluste erlitten, wurden zu Brigadegenerälen ernannt. Der Bassi von Ustak melbet den Abgang von 1500 Freiwilligen nach Saloniki. Eine Depesche des Bassi „Sabah“ von gestern meldet aus Larissa, daß 6 Bataillone der Division Karahissar von Larissa, 4 Bataillone unter Ismail Pascha von Diakata und 4 Bataillone der Division Medschine von Janina von drei Seiten gegen Kalabaka marschirten. Ferner meldet das Blatt, daß die Vereinigung der Armee Ghohm Paschas mit den im Epirus operierenden Korps demnächst erfolgen werde. Einer Depesche des Bassi „Adnan“ aus Larissa zufolge ist der Souchef des Generalstabes Selissall Pascha nach der getrigen Beirathsfeier in der Nacht mit einem Regiment nach Thessaloniki abgegangen.

## Aus dem Reiche.

Der Kaiser und die Kaiserin trafen mit den Prinzen Albrecht, August Wilhelm und Oskar sowie der Prinzessin Viktoria Luise gestern um 11½ Uhr Nachmittags auf dem Wohnhofe im West ein und besichtigten alsbald die Kathedrale. In derselben wurden die Majestäten von dem Domkapitel begrüßt. In dem Gottesdienste erwarteten der Bezirkspräsident Freiherr v. Hammerstein und der Domdekaner Thormow dieselben. Die Prinzen fuhren von der Kathedrale unter der Leitung des Oberst v. Haene nach der Villa „Prinz Friedrich Karl“, während der Kaiser und die Kaiserin sich mit der Prinzessin nach dem Bezirkspräsidium begaben, von wo der Kaiser und die Kaiserin um 2½ Uhr die Fahrt nach der genannten Villa antraten. Auf der Rückfahrt von der Villa besichtigte das Kaiserpaar das Denkmal Kaiser Wilhelm des Großen und begab sich sodann zum Bahnhof, wo um 5 Uhr 10 Minuten die Abreise nach Kassel erfolgte. Trotz des strömenden Regens befanden sich Tausende von Menschen auf den Straßen, welche überall das Kaiserpaar jubelnd begrüßten. Sicherem Vernehmen nach treffen der Kaiser und die Kaiserin am Sonntag, den 15. d. Mts., Morgens 10 Uhr 15 Min. mit kleinem Gefolge zu kurzem Besuche des kaiserlichen Statthalters und der Fürstin zu Hohenlohe in Straßburg ein und setzen um 11 Uhr 15 Min. die Weiterreise nach Wiesbaden fort. — Nach einer Zusammenstellung des **königlich preussischen Hofjagdamtes** wurden in der Jagdstation 1896-97 insgesamt erlegt: 96 Fische, 317 Rothwildschweine und Wild, 419 Schaafe, 1839 Damwildschweine und Wild, 523 grobe Säuen, 163 geringe Säuen, 217 Reh, 639 Fasanen, 3106 Hasen, 3066 Rebhühner, 147 Reiher und Störche, 393 Gänse, Enten, Schnepfen etc., 226 Fische, 63 Marder, 135 Irtisse, 154 Wiesel, 668 Hasenbälge und 1537 Stück verschiedene, mithin im Ganzen 13243 Stück. — Der **Abschluß des städtischen Bauhaushalts in Breslau** für 1896 bis 1897 ergab einen Ueberschuß von 967 000 Mark. — Ein **Bezirksparteitag der freisinnigen Volkspartei** für den Bezirk Breslau findet am künftigen Sonntag in Wilsdorf statt. — Die in Leipzig gestern aus vielen Städten Deutschlands im Hotel „Stadt Dresden“ zusammengetretenen **Sortimentsbuchhändler** beschließen die **Widmung eines freien Buchhändlerverbandes**; der Zweck desselben ist die Wahrung der Interessen der Wiederverkäufer. Es wurde beschloffen, ein eigenes Kommissionshaus und ein eigenes Genossenschaftslager in Leipzig zu errichten. — In der **Zwangsvollstreckung** erkrankt, dem „Pol. Tagbl.“ zufolge, die **Anfiedelungskommission** das ungefähr 1900 Morgen große in polnischem Besitz bisher befindliche Wittergut Gortzow für 454 000 Mark. — Der **fächliche Fleischermarkt** beschloß, die Regierung zu ersuchen, entgegen den Wünschen des Landwirthschafts-Bundes die Schlagschneiderei zu erleichtern.

## Deutschland.

**Berlin, 14. Mai.** Zum Entwurf über das Vereins- und Versammlungsrecht schreibt die „Nat.-Lib. Kor.“: „Die Vorlage beschränkt sich nicht nur auf Aufhebung des Verbindungsverbots, für das im Reichstag unter Berufung auf die Zustimmung der in Frage kommenden Regierung eine bindende Verpflichtung übernommen wurde; sie enthält außerdem auch den Ausschluß Minderjähriger aus politischen Vereinen und politischen Versammlungen. Schon hier sehen gewichtige Bedenken ein. Gewiß ist es berechtigt, daß unreife junge Menschen aus solchen Versammlungen ferngehalten werden. Die Bestimmung ist aber in derartiger Weise formuliert, daß der Zweifel über das Alter eines Theilnehmers, falls dieser nicht ein Altersattest bei sich führt, die Ueberwachungsbehörde ermächtigt, das ganze Versammlungsrecht vorkommenfalls illusorisch zu machen. Willig unannehmbar sind die Bestimmungen, welche den Konfessionsverbänden gewöhnlich „Garantien“ für die Aufhebung des Verbindungsverbots Rechnung tragen. Sie gehen dahin, daß Vereine von der „Landespolizeibehörde“ geschlossen und Versammlungen von den Abgeordneten der Polizeibehörde aufgelöst werden können, falls Zweck und Tätigkeit den Strafrechtswidrigkeiten ausgesetzt sind.“

oder die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates oder den öffentlichen Frieden gefährden“. Die Ereignisse der letzten Monate und ihr parlamentarischer Niederschlag sind nicht danach angethan, um den Polizeibehörden die Definition dessen zu überlassen, was „öffentlicher Frieden“ und „öffentliche Sicherheit“ ist. Die parlamentarische Situation ist klar. Das Gesetz hat nur eine Minderheit für sich, und zwar eine Minderheit, bei der man mit Bedauern auch die Freikonserativen allem Anschein nach finden wird. In der Erklärung, die der Reichskanzler am Dienstag abgab, sollen es, als ob diese Befugnisse der Vorlage nicht Bedingungen für die Aufhebung des Verbindungsverbots sein würden. Insofern würde vielleicht der Verzicht sich empfehlen, alle Bestimmungen bis eben auf die, welche politischen Vereinen in Verbindung zu treten gestatten, zu eliminieren. Sollte die Regierung damit sich nicht einverstanden erklären, so würde die weitere Frage einer langen Antwort bedürfen, ob die Befugnisse einer Bestimmung, die, wiederholt gesagt, durch die modernen Verkehrsmittel ohnehin schon längst zu den Töden geworden ist, mit einer reaktionären Minderheitsverdringung des Vereins- und Versammlungsrechts noch erst erkaufte werden sollte, ganz abgesehen davon, daß ihre Befugnisse zugelegt worden.“

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung dem Entwurf einer Verordnung zur Ausführung des Patentgesetzes vom 7. April 1891, einer beantragten Abänderung der Ausführungsbestimmungen zum Zuckergesetz, den Ausschüssen über die Tara, sowie betreffend Gewährung von Zollerlassen aus Billigkeitsrücksichten, und einem Antrag, betreffend den Abschluß eines Auslieferungsvertrages zwischen dem Reich und dem Dänemark, die Zustimmung erteilt und über Eingaben Beschluß gefaßt.

In der Budgetkommission des Reichstags stand gestern zunächst folgender vom Abg. Richter zur Verbesserungsvorlage gestellter Antrag zur Berathung: „nachfolgende Allgemeine Bemerkung“ dem Dispositiv des Etats hinzuzufügen: a) Einnahmen, welche bei den Fonds zu Verordnungen und zu sonstigen Dienstleistungen etatsmäßiger Beamten dadurch entstehen, daß Stellen zeitweilig nicht besetzt sind oder von ihren Inhabern nicht versehen werden können, sind der Reichskasse zuzuführen; b) aus den etatsmäßigen Remunerationen dürfen Remunerationen nur an mittlere und untere Beamte, aus den etatsmäßigen Unterhaltungs- und Unterhaltungsstellen nur an Beamte gewährt werden, deren Einkommen 4500 Mark nicht übersteigt.“ Nach längerer Debatte, in welcher Staatssekretär Graf Posadowsky und Unterstaatssekretär Dr. Fischer den Antrag bekämpften, wird der Antrag Richter zu a) einstimmig angenommen, zu b) zurückgezogen. — Sodann steht der von den freisinnigen Abgeordneten und der Kommission überwiesene Gesetzentwurf betreffend die Veranlagung der Militärpersonen an den Kommunalabgaben zur Berathung. Der Entwurf lautet: § 1. Die Verordnung vom 22. Dezember 1868 tritt infoweit außer Kraft, als dieselbe der Veranlagung des dienstlichen Einkommens der im Offiziersrang stehenden Militärpersonen zu den Gemeindeabgaben und die in § 19 des Reichsbeamtengesetzes vom 31. März 1873 für Reichsbeamte getroffenen Bestimmungen maßgebend.“ Nach dem die beiden Referenten Dr. Baasche und Müller-Judla sich gegen den Antrag ausgesprochen, wird er abgelehnt. Dafür stimmen nur die beiden freisinnigen Parteien, die Sozialdemokraten und Abg. Werner (Antif.). — Sodann wird ein Antrag des Abg. Müller-Judla diskutiert, im Etat des Statistischen Amtes, im Reichsamt des Innern, für 115 Sekretariats-Assistenten, Gehalt 1800—2700 Mark, durch Aufstellung 2250 Mark, bei Forterhaltung der Aufstellungsfrist von 18 Jahren denjenigen Teil der statistischen Dienstkräfte, der fünf Jahre übersteigt, auf das etatsmäßige Dienstalter in Anrechnung zu bringen. Nachdem sich die Regierungsvorlage gegen den Antrag erklärt, wird er zurückgezogen. — Sodann liegen zwei Anträge des Abg. Singer vor, für die vom 1. April 1895 ab angestellten Unterbeamten das Anfangsgehalt statt auf 800 Mark auf 900 Mark (bis 1500 Mark) festzusetzen und für die Bandbriefträger das Endegehalt auf 1000 Mark (statt 900 Mark) zu erhöhen. Beide Anträge wurden gegen die Stimmen der freisinnigen, Sozialdemokraten und Antifemiten abgelehnt. Für den zweiten Antrag stimmte auch der konservative Abg. Will. — Die **Beförderungsaufbesserungen** der 4. Tarifklasse für Offiziere und Militärärzte wurden darauf in zweiter Lesung unverändert nach den Beschlüssen erster Lesung bestätigt. In der dritten Tarifklasse wird auf Antrag von Leipzig das Gehalt der Stadsoffiziere der Kavallerie und reitenden Artillerie von 5700 auf 5850 Mark erhöht. Dafür stimmen 18 gegen 9.

„Zur Klarstellung“ veröffentlicht der Vorsitzende des Ausschusses für deutsche Nationalfeste Abgeordneter von Schandendorf folgende Erklärung:

„Eine Reihe von Zeitungen hat in den letzten Tagen ganz oder theilweise den Wortlaut eines von dem kaiserlichen Minister in Rudolstadt an mich gerichteten Schreibens veröffentlicht, worin dasselbe, als Vertreter des Reichstags, sich gegen die Absicht, den Kaffhäuser als Feststätte für die deutschen Nationalfeste zu verwenden, ausspricht. Diese ohne nähere Erläuterung erfolgte Veröffentlichung des Schreibens hat in weiteren Kreisen den Glauben erweckt, als hätte der Ausschuss für deutsche Nationalfeste sich mit einem begünstigten Gesuch an das Ministerium gewendet. Das ist indessen unzutreffend. Es handelt sich hier vielmehr um eine rein persönliche Anregung des Herrn Baumbach, des Erbauers des Kaffhäuser-Denkmals. Beide hatten in der grundlegenden Versammlung des Ausschusses am 31. Januar, nachdem auch einige andere Vorschläge gemacht worden, insbesondere für Leipzig und den Niederwald, der Versammlung den Kaffhäuser-Plan empfohlen. Zu seiner Veranschaulichung hatten sie eine Zeichnung, die an sich allgemeine Anerkennung fand, entworfen. Den Vertretern dieses Planes wurde indessen schon damals vorgehalten, daß

bei der freien Lage des Kaffhäuser alle wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine solche Feststätte fehlten, und daß ungünstige Witterung den Erfolg des deutschen Festes vernichten müßte. Die endgültige Entscheidung über die Wahl der Feststätte wurde aber dem Ausschuss überlassen, wobei hervorgehoben wurde, daß es im Interesse der Bestrebungen liege, wenn auch noch andere Bewerber mit weiteren Vorschlägen hervortreten würden. Dies ist inzwischen auch geschehen. Wie nun den anderen Bewerbern jener Versammlung es freigestellt wurde, die Pläne für ihre Person in der Öffentlichkeit weiter zu verfolgen, so wurde dies auch den Herren Baumbach und Schmitz in der selbstverständlichen Voraussetzung anheimgegeben, daß die Erwerbung des Grund und Bodens am Kaffhäuser ihnen gesichert erscheine. Als sich dies nach Eingang des jetzt veröffentlichten ministeriellen Schreibens als unzutreffend herausstellte, wurde dem genannten Herrn unter dem 20. April von mir die Mittheilung gemacht, daß der Ausschuss den Kaffhäuserplan so lange als erledigt ansehen müsse, als nicht die Einwilligung des Besitzers vorliege. Indem ich diesen Sachverhalt veröffentlichte, füge ich hinzu, wie der Ausschuss hier von der grundsätzlichen Auffassung geleitet wird, daß in dieser, die weiteren Kreise des Volkes angehenden Frage auch zuvor die öffentliche Meinung über alle Vorschläge ausgiebig zu Worte kommen muß, ehe die Entscheidung des Ausschusses gefällt werden kann. Derselbe wird indessen spätestens Anfang September herbeizuführen sein.“

Der katholische Theologieprofessor Schell in Würzburg wendet sich in seiner Broschüre „Der Katholizismus als Prinzip des Fortschritts“ auch gegen die Jesuiten und kommt zu folgendem Schlußsatz: „Und angesichts dessen, was in dieser mehrfachen Hinsicht durch einzelne Jesuiten, durch die „Civilta cattolica“, durch die Schule und den Geist des Jesuitismus, durch deren wohlbedachte Jüngerschaft im Weltkriege zur Ermöglichung und Verbreitung des ganzen katholischen Eigenheims verschuldet worden ist, wagt man es jetzt, selbstgefällig damit zu prunken, daß ein Jesuit der erste gewesen, der den Baugrund der Entdeckung machte, daß man mit seinem ganzen Heerthron in den Morast gerathen ist, als der, der die gläubige Herde hineingeführt hat, und nachher beansprucht man noch besonderen Ruhm und Dank dafür, daß man endlich doch fertig geworden sei, ob man aus lauter Eifer gegen die Lüge nicht bloß in einen abgelenkten Sumpf, sondern auch in einen schmachvollen Hinterhalt gerathen.“

## Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 13. Mai.** Abgeordnetenhaus. In der heutigen Sitzung bringen die Abgeordneten Schönerer und Genossen einen Antrag ein, welcher die Regierung auffordert, die Verhandlungen mit Ungarn sofort abzubrechen, ein einjähriges Provisorium auf Grund des status quo zu schaffen und inwieweit die Vorarbeiten zu einer Personalunion mit Ungarn vorzunehmen. Die Abgeordneten Lecher und Genossen beantragen die Einführung der Sonntagsruhe bei staatlichen Aemtern, Kreditinstituten u. s. w. Die Abgeordneten Holzner und Genossen interpellieren betreffs der Aufforderung der Großmächte an die Türkei, ein weiteres militärisches Vorgehen sofort einzustellen. Oesterreich-Ungarn sei an der Gestaltung der Dinge im Orient in erster Linie interessiert. Die Interpellanten verlangen deshalb vom Ministerpräsidenten Aufklärungen vor dem Hause auch über den Stand der Interaktions-Verhandlungen. Nächste Sitzung Dienstag.

**Wien, 13. Mai.** Der heute abgehaltene Verbandstag der österreichischen Industriellen nahm eine dahingehende Resolution an, daß die Regierung eine internationale Vereinbarung anstreben möge, um der prohibitiven Zollpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika und der damit verbundenen gemeinsamen Gefahr für das europäische Wirtschaftsgebiet wirksam zu begegnen.

## Frankreich.

**Paris, 13. Mai.** Die Herzogin von Orleans wird morgen Abend hier eintreffen, um den Trauerfeierlichkeiten in Paris und in Dreux beizuwohnen. Der Herzog von Orleans wird den Sonbergen, welcher die Leiche des Herzogs von Amale nach Frankreich überführt, in Modane verlassen und sich von dort nach Brüssel begeben.

## Asien.

**Shanghai, 2. April.** Außer Wuijchau und Schanghai sollen am 4. Juni noch vier andere Häfen am Westfluß eröffnet werden, nämlich: Kongsun, Kongsun, Kongsun und Tsching. Die vier gegenwärtig für die chinesische Regierung bei Schanghai (Geling) im Bau befindlichen Torpedobootverwerfungen werden jeder 194 Fuß lang sein; Pfeiderkraft 6500; Geschwindigkeit 32 Knoten die Stunde. In Peking langten Mitte v. M. 18 russische Geometer an und nahmen ihr Quartier in der russischen Gesandtschaft. Wie es heißt, geben sie demnächst nach der Mandchurie, um die ostchinesische Eisenbahn zu tracieren. Der Generaldirektor von Ludwig Löwe u. Co. in Berlin soll der Kontrakt zugefallen sein, ein Arsenal in Hankau einzurichten. Deutsche Ingenieure und Werkführer werden die Aufsicht über den Betrieb übernehmen; man erwartet sie demnächst in China.

## Amerika.

**Ottawa (Kanada), 13. Mai.** Amtlich wird bekannt gemacht, daß Einfuhrgrüner, um den Vortheil des niedrigeren Zolls zu genießen, von Zerstörern begleitet sein müssen, aus denen hervorgeht, daß die Waaren britisches Bodenerzeugniß oder Fabrikat sind. Solche Waaren werden bis zur endgültigen Entscheidung der Tarifkommission den Sätzen des niedrigeren Zolls zugelassen werden.

## Arbeiterbewegung.

Nach der Abrechnung des sozialdemokratischen Deutschen Metallarbeiter-Bundes über das abgelaufene Jahr wurden ausgegeben: Für Streiks 138 058 Mark, für die vorjährige Generalversammlung 6993 Mark, für den Gewerkschaftskongress 1760 Mark, für internationale Informations 100 Mark, für den sozialdemokratischen Agitator Segis zur Anknüpfung internationaler Beziehungen 300 Mark, für Verwaltungskosten 37 923 Mark, für Verluste in den Verwaltungskosten 7751 Mark, für die „Metallarbeiterzeitung“ 88 552 Mark, für Agitation 14 706 Mark, für Reisegehalt 72 566 Mark, für Beitrag an die General-Kommission 19 321 Mark und für Unterhaltungen 16 790 Mark. Wer mit diesen 16790 Mark unterstützt worden ist, wird nicht gesagt. Selbst in dem Falle, daß es sich dabei um nothleidende Parteigenossen handelt — was indessen keineswegs feststeht —, sollte die Zahl den Arbeitern zu denken geben. Denn was bedeuten 16 790 Mark gegenüber den andern, doch auch aus den Arbeiterkreisen herrührenden Summen, die nutzlos vergeudet sind! So waren, nach dem Bericht, von den Streiks 30 erfolglos, 12 waren von Erfolg, 14 hatten einen theilweisen Erfolg. Es wird weiter bemerkt, daß alle wegen Maßregelung unternommenen Streiks erfolglos waren.

## Stettiner Nachrichten.

**Stettin, 14. Mai.** Der Finanzminister hat durch Verfügung vom 9. Mai 1897 bestimmt, daß Jagdpachtverträge als Pachtpachte über unbewegliche Sachen nach Tarifstelle 45a des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 zu versteuern sind. Dasselbe ist nachzugehen, daß von der Aufnahme in die Pachtpachte diejenigen Jagdpachteverträge ausgeschlossen bleiben mögen, die schon vor dem Bekanntwerden der Verfügung durch Verwendung von Stempelpflicht zu den Verträgen selbst versteuert sind.

Es hat sich neuerdings — vielleicht aus Anlaß der Reichstagsverhandlungen über die Abänderung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes — die Ansicht verbreitet, daß für die russischen Schnitter keine Beitragsmarken mehr verwendet zu werden brauchen. Dem gegenüber wird zur Beachtung für die theilhaftigen Landwirthschaft darauf hingewiesen, daß das Gesetz bisher nicht geändert ist, daß also nach wie vor Ausländer in gleichem Maße versicherungspflichtig sind wie die Inländer.

Zum Prediger an der Seelandskirche (Vorl.-Noth) ist von den Gemeindevorständen Pastor Wasmund in Wismig bei Plathe (geb. 1859, seit 1885 im Amt) gewählt worden.

Am 28. Mai tritt auf dem Artillerie-Schießplatz bei Dammersheim eine mit Telegraphenbetrieb ausgerüstete Poststille in Wirksamkeit. Der Geschäftsbetrieb derselben erstreckt sich auf die Annahme und Ausgabe von Postsendungen aller Art, sowie auf die Annahme und Befestigung von Telegrammen.

Die Kneberei Braeunlich veranstaltet am Sonntag, Morgens 7 Uhr, Dampfer-Sonderfahrten nach Swinemünde und Misdroy. Die Rückfahrt wird Abends 6 Uhr angetreten.

Das königliche Amtsgericht zu Pasewalk veröffentlicht jetzt die Öffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen des Pasewalkers Konjum und Spars Vereins, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Konkursforderungen sind bis zum 3. Juni anzumelden.

Wie wir hören, schweben Verhandlungen wegen der Uebernahme der Direction des Stadt-Theaters unter Jugendbeilegung des Dr. Goldberger'schen Vertrages mit Herrn Dir. Adolf in Weg.

Wir machen darauf aufmerksam, daß am morgigen Sonntag die letzte Ausführung des heiteren Vers-Lustspiels „Menaissance“ im Bellevue-Theater stattfinden und zwar zum Benefiz für Herrn Riesenherf, welcher sich während seiner kurzen Thätigkeit hierseits bereits großer Beliebtheit zu erfreuen hat.

Vom Dache eines auf dem Grundstück Turnerstr. 23 befindlichen Nebengebäudes stürzte heute Vormittag der Dachdeckermeister Julius Mahne auf den Hof hinab, wobei er ansehnliche schwere innere Verletzungen erlitt. Mittels Krankenwagens wurde M. nach seiner in der Johannisstraße belegenen Wohnung befördert.

In der Werkstatt des Kettenfabrikanten Kahlmeyer verunglückte heute früh der Schmiedegeselle Paul Ansh, demselben fiel ein schweres Eisenstück auf den linken Fuß und erlitt er eine starke Quetschung, welche die Ueberführung des Verunglückten in das städtische Krankenhaus nothwendig machte.

Orthologischer Verein. (Sitzung vom 10. Mai; Vorsitzender Sanitätsrath Dr. Bauer.) Auf der Tagesordnung steht die Schlussberathung über die Veranstaltung einer Jubiläums-Ausstellung im Frühjahr 1898. Der Vorsitzende theilt mit, daß der Vorstand die Angelegenheit vielfach berathen, schließlich zu dem Schluß gekommen sei, daß sich die Ausstellung wohl bei größter Sparfamkeit und mit Hilfe der öffentlichen Unterstüßungen und einer Lotterie veranstalten lasse, jedoch selbst dann ein Defizit noch nicht ausgeschlossen. Herr Koppen tritt entschieden für die Ausstellung ein, empfiehlt aber, den Verkauf der Loose und zwar 6000 à 50 Pf. in Selbstbetrieb zu nehmen. Herr Mellin giebt einen kurzen Rückblick auf die 25jährige Geschichte des Vereins und seine Ausstellungen und hält es für eine moralische Pflicht des Vereins, die Ausstellung zu veranstalten, zur größeren Sicherung schlägt er die Bezeichnung eines Garantiefonds vor. Der Vorsitzende empfiehlt die Einstellung eines größeren Silbergewinns für die Lotterie. Die Versammlung beschließt hierauf einstimmig, selbst auf die Gefahr eines Defizits hin die Ausstellung Ende März 1898 zu veranstalten. — Ende Juni wird in Greifswald der Verbandstag stattfinden und werden außer den Herren Dr. Bauer und Seidrich die Herren Koppen und Bindemann zu Vertretern des hiesigen Vereins gewählt. Anträge für den Verbandstag werden vom hiesigen Verein noch bis zum 24. d. Mts. entgegengenommen. Die Hauptberathung wird sich auf die Klasseneinteilung der Hühner und Tauben beziehen. Als Sommerlokal wird der Garten des Vereinshauses für die geselligen Versammlungen vorgeschlagen. Der Tag wird noch bekannt gemacht werden. Herr Mühl legt die Statuten des deutsch-ungarischen Gesangsclubs sowie den Bericht des Älteren Vereins über die Bestrebungen und Erfolge des



Newport, 13. Mai, Abends 6 Uhr.		
Baumwolle in Newport . . .	13.	12.
do. in Neworleans	7 <sup>13</sup> / <sub>16</sub>	7 <sup>5</sup> / <sub>16</sub>
Petroleum Rohes (in Cases)	7,50	7,50
Standard white in Newport	6,70	6,65
do. in Philadelphia	6,25	6,20
Pipeline Certificates per Mai	6,20	6,15
Same at 3 Western steam . . .	86,00	86,00
do. Rhode and Brothers	4,22 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	4,20
Super Fair refining Mosco-	4,45	4,45
vados		
Beizen behauptet.	2,87	2,87
Rother Winter- Iso . . . . .	nom.	nom.
per Mai	83,75	82,00
per Juli	80,25	79,25
per September	75,75	75,37
per December	77,12	76,87
Affee Rio Nr. 7 Iso	8,00	8,00
per Juni	7,50	7,45
per August	7,60	7,55

per Juli . . . . .	30,37	30,00
per September . . . . .	31,12	30,87
per . . . . .	32,25	32,00
upfer . . . . .	11,10	11,05
in n . . . . .	13,40	13,35
etreibefracht nach Liverpool . . . . .	1,50	1,50

**London, 13. Mai.** Wollauktion. Woll sehr, ausgenommen amerikanische Sorten. Baumwollen fester, die Preise find gleich hoch mit denjenigen der letzten Auktion, namentlich für Baumwolle, nur obgleich etwas unter den vorigen Auktionspreisen.

**Bradford, 13. Mai.** Woll stetig, Mohrwolle ruhig, in Alpackawolle gutes Geschäft; reine ruhig aber fest, Stoffe unverändert.

Paris, 13. Mai. Banfausweis.  
Vorrath in Gold Franks 1 954 149 000, Zu-  
nahme 24 642 000.  
Vorrath in Silber Franks 1 000 000 000, Zu-  
nahme 100 000 000.

tenumlauf Franks 3 673 977 000, Abnahme  
28 709 000.  
Zufende Rechnung d. Priv. Franks 490 263 000,  
Abnahme 1 360 000.

Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorrath  
6,30 Prozent.

Reservefonds 10 189 000, Zunahme 506 000.  
Rücklage für Pensionen 23 096 000, Zunahme 0 000.

entverhältniß der Reserve zu den Passiven  $\frac{3}{8}$  gegen  $51\frac{5}{8}$  in der Vorwoche.  
Umsatz 128 Mill., gegen die ent-

**Berlin, 14. Mai.** Der Vorstand des Berliner Getreide- und Productenhändler gestern Abend zusammen, um über die

nen, 14. Mai. Von verschiedenen Seiten meldet, daß Preßia nicht mehr zu sei und unbedingt in diesen Tagen eintreffe.

nen, 14. Mai. Falls die Türkei dem Großmächten angestrebten Waffenstillstand zustimmen sollte, so hat Griechenland die militärischen Operationen im Festland beschlossen. Die dortige Armee (Metopigadia und Philippia) besetzt und, nützlich, das Defilee von Kometzades zu tragen. Das letztere Resultat wäre sehr erwünscht, weil man dadurch die der Türkei in Thessalien theilweise wehrt würde.

nen, 14. Mai. Das hier umlaufende von einer Schlacht bei Plafas hat sich